

PRESSEDIENST

02.09.2022

Aktuelle Umfrage des WSI-Portals Lohnspiegel.de zu Energiepreisen
**Beschäftigte wünschen sich Unterstützung für Geringverdienende
und einen Preisdeckel für den Grundbedarf**

Eine gezielte Unterstützung von Menschen mit geringem Einkommen sowie ein Preisdeckel für den Grundbedarf an Energie: Diese beiden Maßnahmen stoßen unter Beschäftigten angesichts der hohen Energiepreise auf breite Zustimmung. Jeweils etwa ein Drittel (32 bzw. 33 Prozent) entscheidet sich in einer aktuellen Umfrage des Portals Lohnspiegel.de unter mehr als 9.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern für eine dieser beiden Optionen. Auf deutlich weniger Zuspruch stößt hingegen eine generelle Subventionierung des gesamten Verbrauchs von Energie (9 Prozent) sowie der Vorschlag, in erster Linie Berufspendler zu unterstützen (5 Prozent). Nur 2 Prozent der Befragten halten eine Entlastung für nicht notwendig, während 20 Prozent keine Meinung zu der Frage hatten (siehe Abbildung 1). Lohnspiegel.de ist ein Angebot des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung (mehr zur Methode unten).

Einige Entlastungsschritte der Ampel-Koalition wie der inzwischen ausgelaufene Tankrabatt sowie die Senkung der Mehrwertsteuer auf Erdgas stoßen damit nicht nur unter Fachleuten auf Ablehnung, sondern verfügen auch unter den Beschäftigten über wenig Rückhalt. Aus wissenschaftlicher Sicht sind die Hauptkritikpunkte an einer generellen Verbilligung von Energie, dass so die Anreize zum Energiesparen ausgehebelt werden und der Ansatz sozial unausgewogen ist. „Menschen mit hohem Einkommen profitieren überdurchschnittlich von pauschalen Subventionen, da sie den höchsten Energieverbrauch haben – etwa weil sie größere Wohnungen und Häuser beheizen oder besonders spritdurstige Autos fahren“, erläutert Dr. Malte Lübker, WSI-Experte für Einkommensanalysen. „Trotzdem gibt es auch unter den Beschäftigten mit höheren Einkommen wenig Zustimmung zu einer Politik nach dem Gießkannen-Prinzip.“ So sprachen sich nur 8 Prozent der Beschäftigten mit einem Bruttomonatsentgelt von über 4.000 Euro für eine pauschale Subvention von Energie aus, während 33 Prozent eine Unterstützung von Menschen mit geringen Einkommen befürworteten und weitere 29 Prozent einen Preisdeckel für den Grundbedarf.

Die Umfrageergebnisse bestätigen zudem, welche soziale Brisanz die jüngste Entwicklung der Energiepreise hat. So gaben von den Beschäftigten mit einem Bruttoeinkommen von unter 2.300 Euro jeweils 22 bis 27 Prozent an, dass sie die gestiegenen Kosten für Heizung, Motorkraftstoffe und Strom in große finanzielle Schwierigkeiten bringen. Weitere 46 bis 51 Prozent der Befragten mit niedrigem Einkommen können die

Ansprechpartner in der
Hans-Böckler-Stiftung:

Prof. Dr. Bettina Kohlrausch
Wissenschaftliche Direktorin WSI
Telefon +49 211 7778-186
bettina-kohlrausch@boeckler.de

Rainer Jung
Leiter Pressestelle
Telefon +49 211 7778-150
rainer-jung@boeckler.de

WSI – Wirtschafts- und
Sozialwissenschaftliches Institut
der Hans-Böckler-Stiftung
Georg-Glock-Straße 18
40474 Düsseldorf

presse@boeckler.de
www.boeckler.de
www.wsi.de

gestiegenen Preise je nach Energieart nach eigenen Angaben nur bezahlen, wenn sie auf andere Dinge verzichten. Unter den Befragten mit mehr als 4.000 Euro Bruttonomadeneinkommen gaben jeweils 45 bis 53 Prozent an, sich die gestiegenen Energiekosten aufgrund ihres Einkommens bislang noch „ganz gut leisten“ zu können (Abbildung 2 bis 4). Allerdings berichtet selbst in dieser höheren Einkommensgruppe rund ein Viertel von notwendigen Einschränkungen bei anderen Ausgaben, weitere rund vier Prozent von großen finanziellen Problemen. Zudem rechnen Fachleute mit weiteren kräftigen Preissprüngen in nächster Zeit. Quer durch alle Verdienstklassen gab jeweils nur eine Minderheit an, von den Preissteigerungen nicht betroffen zu sein, weil sie beispielsweise kein Auto mit Verbrennungsmotor besitzen oder zum Befragungszeitpunkt noch keine Tariferhöhung für Strom und Heizung erhalten hatten.

– Informationen zur Methode –

Für die neue Studie wurden je nach Fragestellung 9.156 bis 9.444 Datensätze von Beschäftigten ausgewertet, die sich im Zeitraum vom 1. Juni bis zum 31. August 2022 an einer kontinuierlichen Online-Erhebung des WSI-Portals Lohnspiegel.de teilgenommen haben. Die Umfrage ist nicht-repräsentativ, erlaubt aber aufgrund der hohen Fallzahlen detaillierte Einblicke in die Situation der Beschäftigten.

Kontakt in der Hans-Böckler-Stiftung

Dr. Malte Lübker

WSI-Experte für Tarif- und Einkommensanalysen
Tel.: 0211 / 7778-574
E-Mail: Malte-Luebker@boeckler.de

Rainer Jung

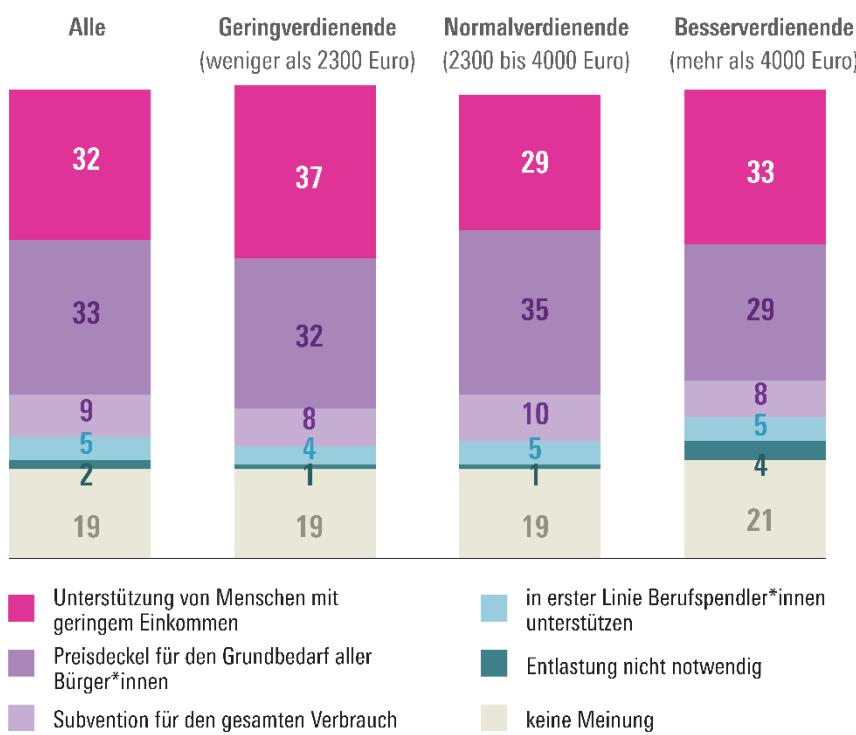
Leiter Pressestelle
Tel.: 0211 / 7778-150
E-Mail: Rainer-Jung@boeckler.de

Sie erhalten unsere Pressemitteilungen und Presseeinladungen als Mitglied unseres Presseverteilers. Unsere Pressematerialien können Sie jederzeit abbestellen. Kontaktieren Sie uns dazu gerne telefonisch oder senden Sie uns eine E-Mail an presse@boeckler.de.

Weitere Informationen gem. Art. 13 & 14 DSGVO zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erhalten Sie unter:
https://www.boeckler.de/datenschutz/DSGVO_Printmedien_Presse.pdf

Abbildung 1: Präferenz für verschiedene Maßnahmen zur Entlastung der Verbraucher*innen nach Bruttonomontsverdienst

Angaben in Prozent der Befragten



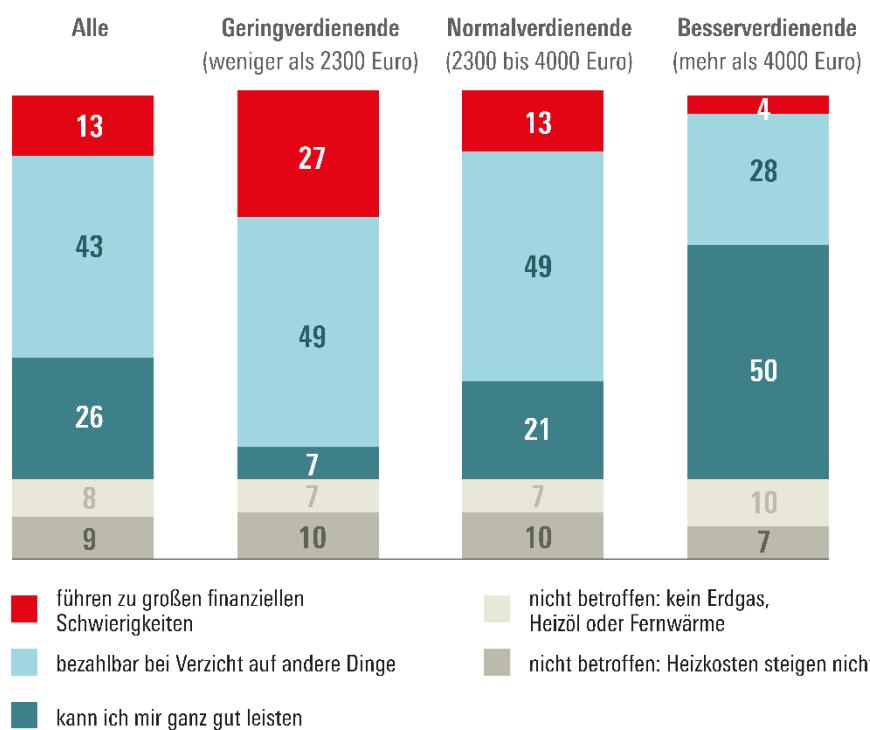
Anmerkung: Die Fragestellung und die Antwortkategorien lauteten „Im Moment wird in der Öffentlichkeit diskutiert, ob und wie der Staat einen Ausgleich für die höheren Energiekosten schaffen sollte. Wie stehen Sie dazu? Der Staat sollte“ ... „gezielt Menschen mit geringem Einkommen unterstützen“, „einen Preisdeckel für den Grundbedarf aller Bürger einführen“, „den gesamten Verbrauch von Benzin, Diesel, Erdgas und anderen Energieträgern subventionieren“, „in erster Linie Berufspendler unterstützen“ sowie „Eine Entlastung der Verbraucher ist nicht notwendig.“ bzw. „Ich habe dazu keine Meinung.“.

Aufgrund von Rundungsfehlern kann die Summe der einzelnen Kategorien geringfügig von 100 % abweichen.

Fallzahl N = 9.156 Erhebungszeitraum 1. Juni 2022 bis 31. August 2022
Quelle: WSI-Lohnspiegel-Datenbank

Abbildung 2: Belastung durch steigende Heizkosten nach Bruttonomontsverdienst

Angaben in Prozent der Befragten

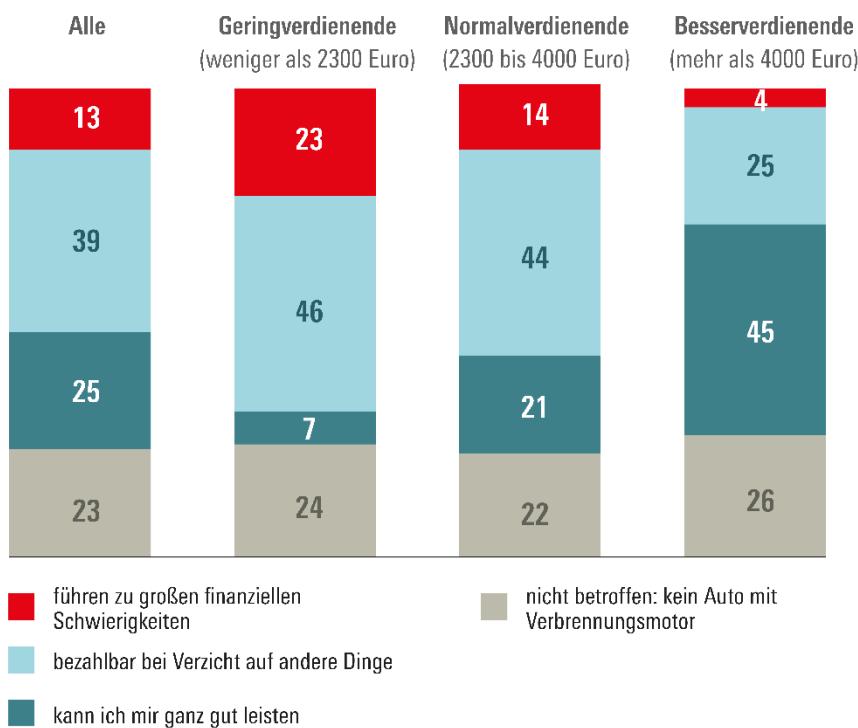


Anmerkung: Die Fragestellung und die Antwortkategorien lauteten „Wie sieht es bei den Heizkosten aus? Die steigenden Kosten für Erdgas, Heizöl und Fernwärme“ ... „bringen mich finanziell in große Schwierigkeiten“, „kann ich bezahlen, aber nur wenn ich auf andere Dinge verzichte“, „kann ich mir aufgrund meines Einkommens ganz gut leisten“ sowie „betroffen mich nicht – ich heize nicht mit Erdgas, Heizöl oder Fernwärme“ bzw. „betroffen mich nicht – meine Heizkosten steigen nicht“. Aufgrund von Rundungsfehlern kann die Summe der einzelnen Kategorien geringfügig von 100 % abweichen.

Fallzahl N = 9.418, Erhebungszeitraum 1. Juni 2022 bis 31. August 2022
Quelle: WSI-Lohnspiegel-Datenbank

**Abbildung 3: Belastung durch steigende Kosten für Benzin und Diesel
nach Bruttomonatsverdienst**

Angaben in Prozent der Befragten



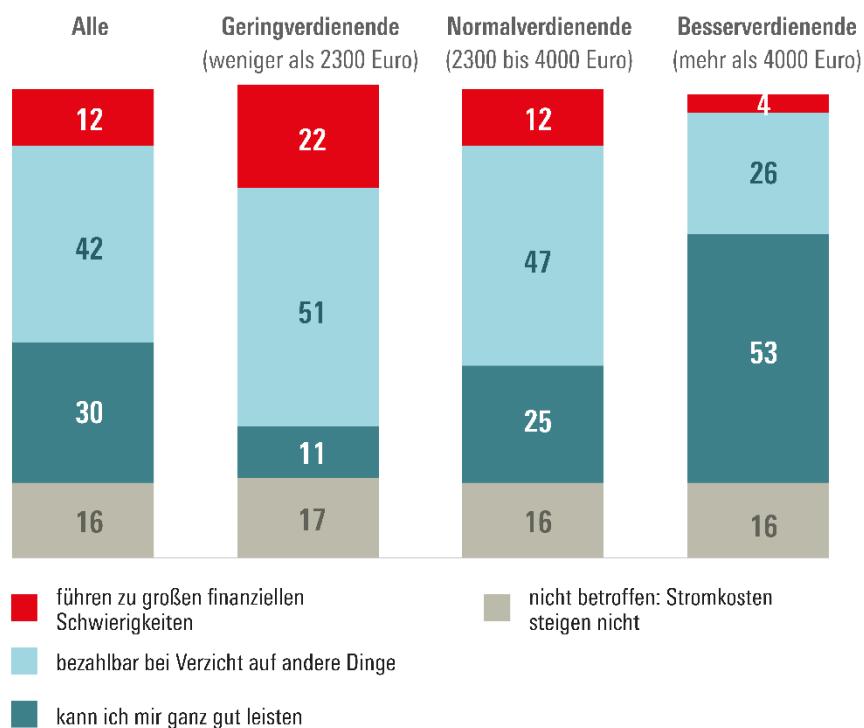
Anmerkung: Die Fragestellung und die Antwortkategorien lauteten „Und an der Tankstelle? Die steigenden Kosten für Benzin und Diesel“ ... „bringen mich finanziell in große Schwierigkeiten“, „kann ich bezahlen, aber nur wenn ich auf andere Dinge verzichte“, „kann ich mir aufgrund meines Einkommens ganz gut leisten“ sowie „betroffen mich nicht – ich habe kein Auto“ bzw. „betroffen mich nicht – mein Auto fährt mit Strom“. Aufgrund von Rundungsfehlern kann die Summe der einzelnen Kategorien geringfügig von 100 % abweichen.

Fallzahl N = 9.444, Erhebungszeitraum 1. Juni 2022 bis 31. August 2022
 Quelle: WSI-Lohnspiegel-Datenbank



Abbildung 4: Belastung durch steigende Stromkosten nach Bruttomonatsverdienst

Angaben in Prozent der Befragten



Anmerkung: Die Fragestellung und die Antwortkategorien lauteten „Und bei der Elektrizitätsversorgung? Die steigenden Kosten für Strom“ ... „bringen mich finanziell in große Schwierigkeiten“, „kann ich bezahlen, aber nur wenn ich auf andere Dinge verzichte“, „kann ich mir aufgrund meines Einkommens ganz gut leisten“ sowie „betroffen mich nicht – mein Strompreis ist noch nicht gestiegen“. Agrund von Rundungsfehlern kann die Summe der einzelnen Kategorien geringfügig von 100 % abweichen.

Fallzahl N = 9.343, Erhebungszeitraum 1. Juni 2022 bis 31. August 2022
Quelle: WSI-Lohnspiegel-Datenbank